

# **Gedenken Augsburger Bombennacht**

## **Rede von Helmut Jung, DGB-Regionvorsitzender Augsburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich bei allen, die heute gekommen sind.

Wir stehen heute hier, weil wir die Mutigen im Kampf gegen den Rechtsradikalismus nicht alleine lassen dürfen.

Wir stehen heute hier, weil wir den Gutwilligen Mut machen wollen, mit uns gemeinsam zu gehen.

Wir stehen heute hier, weil wir den Rechtsradikalen zeigen wollen, dass sie auf Ablehnung in unserer Gesellschaft stoßen.

wir stehen heute hier, weil die Rechten sehen, hören und erfahren müssen, dass wir vor ihrer Geschichtsfälschung und ihrer Gewalt nicht kapitulieren.

Wir stehen heute hier, weil wir all den Opfern des Zweiten Weltkrieges in Augsburg, in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt gedenken wollen.

Liebe Freunde, der 25. Februar 44 ist und bleibt uns ein Tag der Mahnung und Warnung zugleich.

Diese Nacht in Augsburg ist das Ergebnis einer menschenverachtenden Politik, die sich bereits Mitte der zwanziger Jahre abzeichnete. Rechte Propaganda wird nach wie vor fehl- und unterschätzt. Deshalb ist es fahrlässig, wenn das Wiedererstarken rechter Parteien dazu benutzt wird, dieses parteipolitisch auszuschlachten und damit die Allianz aller demokratischen Parteien und Organisationen aufs Spiel zu setzen. Dies nützt nur den Rechten, wie uns die Geschichte der Weimarer Republik lehrt.

Liebe Kollegen, liebe Freunde, Hitler wurde nicht demokratisch in die Regierung gewählt. Er nutzte die Schwäche der jungen Demokratie, die Uneinigkeit der Parteien, um sich das Amt des Reichskanzlers unter den Nagel zu reißen.

Im Januar 33 endete die Freiheit und die noch junge Demokratie in Deutschland.

Was folgte waren:

- Verfolgung und Unterdrückung von politisch Gegnern des Hitlerregimes,
- von Minderheiten,
- Verfolgung von Juden und Roma,
- waren Bücherverbrennung,
- die Reichspogromnacht,
- die Schaffung von KZs,
- die Vergasung von Menschen,
- die Verbrennung von Menschen,
- der Beginn eines Krieges, bei dem zuerst Europa, die Welt und zum Schluss auch Deutschland und Augsburg brannten.

Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass geschichtliche Tatsachen verdreht werden.

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwölf Jahre Faschismus, zwölf Jahre Unterdrückung haben nach der Befreiung Deutschlands dazu geführt, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und Deutschland zu einem demokratischen und sozialen Staat gemacht hat.

Genau dieses Deutschland, das auf einer sozialen Grundordnung beruht, gerät inzwischen wieder in Verruf. So erklärte zum Jahreswechsel 2003/2004 der Chef-Ökonom der Deutschen Bank, Herr Ackermann, dass unser Staat, der nunmehr 50 Jahre bestehe, seine Aufgaben nun erfüllt hat und komplett anders aufgestellt werden muss.

Im gleichen Atemzug wünscht sich der scheidende BDI-Präsident, Herr Rogowski, ein großes Lagerfeuer, in das alle Gesetze, Tarifverträge, Betriebsverfassungen hineingeworfen und dort verbrannt werden, damit man neu beginnen könne.

Dazu passt auch folgender Zeitungsausschnitt:

„Dass wir heute annähernd 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland zählen, ist zum großen Teil darauf zurück zu führen, dass unsere Wirtschaft in besonders großem Umfang durch gesetzliche Eingriffe des Staates gefesselt ist und daher nicht die genügende Wendigkeit besitzt, um sich den Schwankungen der Konjunktur mit der erforderlichen Schnelligkeit anzupassen.

Als besonders verhängnisvoll hat sich auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechtes die Unabdingbarkeit des Vertrages, d.h. der Ausschluss abweichender Vereinbarungen und dessen Festhaltung durch die Gewerkschaften erwiesen.“

Diese Aussagen habe ich aus der Deutschen Arbeitgeberzeitung entnommen. Diese Aussagen hat nicht ein Herr Hundt oder ein Herr Rogowski in einer Neujahrsrede gehalten. Nein, diese Aussage stammt aus der Deutschen Arbeitgeberzeitung vom 22. März 1931.

Damals wie heute erzeugen solche Aussagen Angst und Unsicherheit. Dies ist genau der Nährboden, den Rechtsradikale brauchen. Hier geht ihre Saat auf, wie uns Sachsen zeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile ist es modern geworden, den Sozialstaat als Quell allen Übels darzustellen. Er wird als leistungs- und wachstumsfeindlich bezeichnet. Er lähmt die Eigeninitiative und ist viel zu teuer. So die selbsternannten Modernisierer.

Wer an den augenblicklichen Reformen und ihrem Nutzen zweifelt, wird schnell zum Außenseiter, zum Blockierer oder Betonkopf. Wobei dies noch die harmloseren Bezeichnungen sind.

Modern ist es mittlerweile, Arbeitszeiten zu verlängern, Einkommen zu kürzen, Arbeitnehmerrechte zu beschneiden und soziale Leistungen zu streichen. Dieses ist es, was man heute unter Innovation, Fortschritt und Zukunftsfähigkeit versteht.

Für uns als Gewerkschaften bedeutet Sozialstaat aber nach wie vor: Gerechtigkeit, Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben, Garant für den inneren Frieden, Jung für Alt, Gesunde für Kranke, die, die Arbeit haben, für die, die arbeitslos sind, und Finanzstarke für Finanzschwache.

Trotz dieser klaren und einfachen Definition des Sozialstaates wird immer wieder gefordert diesen zu reformieren.

Wer kann denn schon dagegen sein, wenn etwas moderner werden soll, werden wir gefragt. Reformen seien unumgänglich und es gebe zu ihnen keine Alternative, wird von Herrn Rodenstock und Kanzler Schröder behauptet. Doch Politik besteht aus Alternativen!

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, betont man das Wort modern etwas anders, so bekommt es einen ganz anderen Sinn.

Wer Sozialabbau für einen Ausdruck von Modernität hält, weiß entweder nicht, wovon er spricht, oder er versucht, die Menschen bewusst hinter´s Licht zu führen. Ob sonntags bei Christiansen, dienstags in der Münchner Runde, donnerstags bei May-Britt Illner oder jeden Tag im Radio und in der Zeitung, immer wieder wird gefordert, Mut zu Reformen zu haben.

Ich frage, ist es mutig den Arbeitslosen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu kürzen?

Ist es mutig, dass Krankengeld aus der paritätischen Finanzierung herauszunehmen?

Ist es mutig, die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe abzusenken?

Ist es mutig, den Kündigungsschutz für Arbeitnehmer weiter auszuhebeln?

Ist es mutig, den Lehrermangel durch Förster zu beheben und gleichzeitig Millionen für Eliteuniversitäten auszugeben?

Ist es mutig, den Kommunen durch Verschiebebahnhöfe noch mehr Kosten aufzulasten?

Ist es mutig, dem Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die 42 – Stundenwoche per Gesetz zu verordnen und somit allein in Bayern 18000 Arbeitslose mehr in Kauf zu nehmen?

Ist es mutig, die Kleinen zu schröpfen und die Großen laufen zu lassen?

Dies alles hat sicher nichts mit Mut zu tun!

Mutig wäre es, wenn man den Finanz-, Geld- und Devisenmärkten endlich das abtrotzt, was der Gesellschaft, was uns gehört.

Mutig wäre es, wenn man den Reichen und Mächtigen endlich deutlich macht, dass Eigentum laut unserem Grundgesetz auch soziale Verantwortung bedeutet.

Mutig wäre es, wenn man den großen Wirtschaftsbossen ins Stammbuch schreiben würde: Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck, um aus Geldvermögen noch mehr Geldvermögen zu machen. Sondern wir wirtschaften, um den Menschen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Das ist der Sinn des Wirtschaftens!

Mutig wäre es, für eine gerechte Teilhabe von Arm und Reich zu sorgen, statt Menschen Angst zu machen und Junge gegen Alte auszuspielen.

Mutig wäre es, die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung zukunftsorientiert zu reformieren, statt Leistungen zu kürzen.

Auf diesen Mut warte ich bisher leider vergebens.

Wer aber Rechtsradikalismus erfolgreich bekämpfen und verhindern will, muss den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle müssen uns der Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft stellen und offensiv die Grundwerte unserer Verfassung, insbesondere die Menschenwürde, verteidigen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Diskriminierungen jeder Art vorgehen.

Vielen Dank!

25. Februar 2005, Rathausplatz  
Rede von Helmut Jung bei der Mahnwache des DGB und des Bündnisses für Menschenwürde anlässlich der Bombardierung Augsburgs vor 61 Jahren